

Soziale Ungleichheit wächst Vermögen in Deutschland immer ungleicher verteilt

Montag, 25.01.2016



dpa/Hendrik Schmidt Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst.

Die Schere zwischen Arm und Reich wächst weltweit rasant. Auch in Deutschland sind Vermögen zunehmend ungleich verteilt. Der Grund für diese Entwicklung sei eine unzureichende Besteuerung. Deshalb fordert die Linke die Einführung einer Millionärssteuer.

Die Vermögen in Deutschland sind einem Zeitungsbericht zufolge zunehmend ungleich verteilt. Zehn Prozent der Haushalte verfügten im Jahr 2013 über 51,9 Prozent des Nettovermögens, berichtete die "Passauer Neue Presse" am Montag unter Berufung auf Zahlen zur Vermögensverteilung des Bundessozialministeriums. Im Jahr 1998 seien es noch 45,1 Prozent des Nettovermögens gewesen. Grundlage sei die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), die alle fünf Jahre erhoben wird.

Linke fordert Millionärssteuer

Die Linksfraktion im Bundestag verlangte angesichts der Entwicklung ein Umsteuern. "In Deutschland findet eine enorme Umverteilung von unten nach oben statt, die man deutlich anhand der offiziellen Statistiken ablesen kann", sagte Linken-Fraktionsvize Sabine Zimmermann dem Blatt. Dieser Entwicklung müsse Einhalt geboten werden, sagte Zimmermann und forderte eine Millionärssteuer, bei der die erste Million des Vermögens steuerfrei bleibt. Danach solle ein Steuersatz in Höhe von fünf Prozent erhoben werden.

Kluft zwischen Arm und Reich wächst rasant

Zuletzt hatte eine Studie der Hilfsorganisation Oxfam für Aufsehen gesorgt, wonach die 62 reichsten Menschen der Welt so viel besitzen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Die Geschwindigkeit, mit der die Kluft zwischen Arm und Reich wächst, ist nach Angaben der Hilfsorganisation dabei noch größer als erwartet. Dem Oxfam-Bericht zufolge droht soziale Ungleichheit die Fortschritte bei der Armutsbekämpfung zunichte zu machen. Als Grund für die Entwicklung führte Oxfam die unzureichende Besteuerung von großen Vermögen und Kapitalgewinnen sowie die Verschiebung von Gewinnen in Steueroasen an.